

## Wozu die Wunden aufreißen?

### Vergangenheitsbewältigung in Peru

*Vor einem Jahr hat die Wahrheitskommission Hintergründe und Tatsachen des 20-jährigen Bürgerkrieges in Peru, Partnerland des Erzbistums Freiburg, bekannt gemacht und Empfehlungen abgegeben, wie Staat und Gesellschaft die Vergangenheit bewältigen sollen. Bis heute tut sich wenig.*



Die Schwestern der Familie Vasquez Orihuela.

Juli 2002: Dina Vasquez Orihuela schaltet den Fernseher ein. Aus Zufall oder weil sie in ihrer Kleinstadt in den südlichen Anden keinen anderen Sender hereinbekommt, sieht die junge Frau und Mutter die Übertragung einer öffentlichen Anhörung der Wahrheitskommission. Auf einmal merkt sie auf: eine Zeugin erwähnt den Namen Olga Vasquez Orihuela und den Namen ihres Geburtsortes, Oroncco im Departement Ayacucho. Olga, so hieß die kleine Schwester Dinas, damals vor vielen Jahren, als die Familie noch zusammen war und bevor das Unglück über sie hereinbrach: im Jahr 1988 überfiel die Terrorgruppe „Leuchtender Pfad“ das Dorf und verschleppte die gesamte Familie Vasquez Orihuela. Dinas Mutter und zwei ihrer Geschwister starben bei der wochenlangen Wanderung über Berge und den Urwald. Als eine Militärpatrouille die Senderogruppe angreift, geraten Dina und ihre kleinen Schwestern mitten in das Gefecht. Dina wird von einem Soldaten gerettet und in die Hauptstadt Lima gebracht. Von ihren Schwestern hat sie seitdem nie mehr etwas gehört. Dina schöpft neue Hoffnung, und beschließt nach ihren vermissten Schwestern zu suchen.

Die Hälfte geht auf das Konto des „Leuchtenden Pfades“

Geschichten wie die der Familie Vasquez Orihuela füllen die neun Bände des Abschlussberichtes, den der Präsident der Kommission, Salomón Lerner, am 28. August 2003 dem Präsidenten Perus, Alejandro Toledo, übergab. Zwei Jahre lang hatten die zwölf Kommissionsmitglieder und ihr Team im ganzen Land Zeugenaussagen von Betroffenen gesammelt, Militärs, Politiker und im Gefängnis sitzende Terroristen befragt, Akten und alte Zeitungsberichte studiert und die jüngste Geschichte neu analysiert. Bis das – erschreckende – Ergebnis schwarz auf weiß stand: zwischen 1980 und 2000 sind schätzungsweise 69290 Peruanerinnen und Peruaner im Bürgerkrieg umgekommen, um ein Vielfaches mehr, als man in Peru bis dahin angenommen hatte. Und niemand hatte etwas bemerkt? Fast 70000 Peruaner, die einfach so verschwinden können ohne dass die Öffentlichkeit Kenntnis davon nimmt?

Anfang der 80er-Jahre begann in den Bergen Ayacucho eine Gruppe maoistischer Guerrilla-Kämpfer unter dem Anführer Abimael Guzmán Angst und Schrecken zu verbreiten. Der damalige Präsident Fernando Belaúnde Terry schickte die Militärs, die sollten sich darum kümmern. Wie sie das machten, das sei ihre Sache, und zudem interessierte in Lima niemanden wirklich, was da im Hinterland Perus vor sich ging. Bald lebte die Bevölkerung Ayacucho nicht nur in Furcht vor dem „Leuchtenden Pfad“, sondern auch in Furcht vor der entsandten Ordnungsmacht. Unter den nachfolgenden Regierungen ging der Terror von beiden Seiten weiter, bis 1992 – unter der Regierung Alberto Fujimoris – der Anführer Abimael Guzmán gefangen wurde. Auch wenn damit der „Leuchtende Pfad“ wesentlich geschwächt wurde, so führte die bestehende Anti-Terror-Politik des Regimes Fujimori weiterhin zu militärischen Übergriffen gegen Unschuldige und zu Unrechtsurteilen gegen mutmaßliche Terroristen. Was hat die Wahrheitskommission also herausgefunden?

Die Kommission stellte klar fest, dass über die Hälfte der Opfer auf das Konto des „Leuchtenden Pfades“ gehen. Während in anderen lateinamerikanischen Ländern das Militär und rechte Paramilitärs die Hauptverantwortung für Zivilopfer in Bürgerkriegen tragen, war es in Peru eine unter dem Zeichen des Klassenkampfes angetretene, zahlenmäßig geringe Extremistengruppe, die wahllos mordete. Das peruanische Militär und die Polizei müssen jedoch auch ihre Verantwortung tragen: keine Ausschreitungen einzelner Militärs, sondern eine von oben angeordnete systematische Politik der Anti-Terror-Bekämpfung hat zu den Menschenrechtsverletzungen und den Ermordungen geführt, die vom peruanischen Militär begangen wurden.

Eine weitere Besonderheit des peruanischen Bürgerkrieges: Das größte Blutbad der peruanischen Geschichte fand nicht unter einer Militärdiktatur statt, sondern unter demokratisch gewählten Regierungen. Auch die Politiker können sich ihrer Verantwortung nicht entziehen, ein Grund dafür, dass der Bericht von Militär und Politik nur verhalten aufgenommen oder sogar abgelehnt wurde.

Die wohl erschreckendste und traurigste Erkenntnis der Wahrheitskommission betrifft das Profil der Opfer: drei Viertel der Opfer waren quechuasprechende Indianer, Bauern aus abgelegenen ländlichen Gegenden. Sie wurden Opfer, weil sie Indios waren und damit „leicht“, nämlich straflos, zu morden. Die indianische

Bevölkerung ist (immer noch) eine Bevölkerung zweiter oder dritter Klasse. Die wichtigste Botschaft des Wahrheitsberichtes ist diese: Eine Aussöhnung wird nur gelingen, wenn der Staat die tief greifende Diskriminierung innerhalb der peruanischen Gesellschaft angeht.

All dies hat der Präsident der Wahrheitskommission dem Präsidenten und ganz Peru in eindrücklichen Worten an jenem 28. August 2003 ans Herz gelegt. Was hat die Regierung damit gemacht? Alejandro Toledo macht bisher auch in Sachen „Wahrheitskommission“ das, was er am besten kann, und wofür ihn die Peruaner so sehr verachten: er verspricht viel und hält sehr wenig.

Nicht, dass die im Bericht enthaltenen Empfehlungen nicht klar sagen, was er tun müsste, damit eine Aussöhnung nach 20 Jahren Bürgerkrieg stattfinden kann: die Justizbehörden anleiten und mit Mitteln auszustatten, damit sie Prozesse einleiten gegen die im Bericht genannten schuldigen Militärs (die meisten Anführer des „Leuchtenden Pfads“ sitzen bereits im Gefängnis); Reformen bei Polizei und Militär in die Wege leiten, damit die demokratische Kontrolle über die Ordnungsmächte gewährleistet ist. Aber vor allem: den Opfern eine Entschädigung zukommen lassen, die ihnen hilft, sich wieder – oder erstmals – in die peruanische Gesellschaft einzugliedern.

Die Wahrheitskommission machte dazu detaillierte Vorschläge: individuelle Entschädigungen in Form von Witwenrenten und Schulstipendien für Waisen; psychologische Hilfe für Traumaopfer; kollektive Entschädigungen in Form von Straßen, Schulen und Investitionen in den am meisten betroffenen Dörfern. All diese Aufgaben anzugehen, erschien vor einem Jahr zwar schwierig, aber möglich: Schwierig, weil die Finanzen knapp sind; möglich, weil politischer Wille vorhanden schien.

Heute äußert sich Salomón Lerner sehr ernüchtert, wenn er Bilanz zieht: „Knapp ein Jahr nach Überreichung des Abschlussberichtes, und trotz einiger Initiativen der letzten Monate, muss ich notgedrungen sagen, dass die Bilanz über die Umsetzung der Empfehlungen weitgehend negativ ist (...) Die Signale für einen politischen Willen, die Botschaft der Wahrheitskommission in verbindliche Staatspolitik einfließen zu lassen, sind äußerst schwach.“

Aus der Geschichte lernen, um die Zukunft zu gestalten

Der Unwillen der Politiker, die Empfehlungen der Wahrheitskommission umzusetzen, steht in Wechselwirkung zum generellen Desinteresse der peruanischen Gesellschaft, sich mit ihrer Vergangenheit auseinanderzusetzen. „Wozu nützt es, die alten Wunden wieder aufzureißen?“, ist ein viel gehörter Satz. Vor allem aber lässt der peruanische Alltag voller Sorgen ums tägliche Überleben wenig Zeit, um der Vergangenheitsbewältigung nachzugehen.

Pfarrer Tomás Burns hat die Erfahrung gemacht, dass die Leute sehr wohl auf die Botschaft der Wahrheitskommission reagieren, wenn sie spüren, dass damit auch ihre Gegenwart und Zukunft auf dem Spiel steht. Seit November letzten Jahres versammelt sich in seiner Pfarrei eine bunte Gruppe von Lehrern, Stadtteilinitiativen, Bürgermeister und Diözesanvertretern, um dem Anliegen der Wahrheitskommission in ihren Stadtteilen Gehör und Gewicht zu verschaffen. Sie gehen in Pfarreien und machen den Bericht bekannt; sie halten Tagungen mit Gemeindeangestellten und Lehrern ab; sie sprechen bei Ämtern und Finanzgebern vor, damit sie ihr nächstes Projekt verwirklichen können: ein Denkmal zu Ehren der anonymen Opfer des Bürgerkrieges an der Ausfallstraße eines Armenviertels. Am 28. August, dem Jahrestag der Übergabe des Berichtes, wollen sie den Grundstein dafür legen.

So wie sich die Mitglieder der Gruppe „Damit sie sich nicht wiederholt“ im Süden Limas ehrenamtlich für ihre Vergangenheitsbewältigung einsetzen, so tun dies Gruppen und Initiativen in ganz Peru. Meist unbemerkt von den Medien und mit begrenztem politischem Einfluss, aber in der Überzeugung, dass Peru von seiner Geschichte lernen muss, um seine Gegenwart und Zukunft anders zu gestalten.

Für Dina Vasquez Orihuela hat sich, dank der Wahrheitskommission, ihre Geschichte geklärt und sie blickt heute Hand in Hand mit ihren Schwestern in die Zukunft: Sie machte sich auf den Weg in ihr Heimatdorf und erfuhr den Namen der Person, die ihre kleine Schwester damals in Obhut nahm.

Mehrere Anfragen und Umwege waren nötig, bis sie ihre Schwester Olga schließlich in Lima ausfindig machen konnte. Mitte März fand ein erstes Treffen der beiden Schwestern in Lima statt. Ein Fernsehsender informierte über das Ereignis. Kurz danach kam ein Anruf aus Arequipa, der zweitgrößten Stadt Perus 800 Kilometer südlich von Lima: Maritza, die dritte Schwester, hatte das Interview mit Dina im Fernsehen gesehen. Am 22. März sahen sich Dina, Olga und Maritza nach über zwölf Jahren wieder.

Autor: Hildegard Willer – aus: Konradsblatt Nr. 33 vom 15.8.2004